

Ungleichheit im Nationalrat: Wer bleibt außen vor?

Eine aktuelle Analyse des Momentum Instituts zeigt, dass der Nationalrat in Österreich stark von einer geringen Repräsentation bestimmter Gruppen geprägt ist. Besonders auffällig ist, dass ein Fünftel der Erwerbstätigen aufgrund fehlender österreichischer Staatsbürgerschaft von demokratischen Prozessen ausgeschlossen ist. Zudem sind Frauen und jüngere sowie ältere Menschen im Nationalrat unterrepräsentiert, während der Anteil von Führungskräften im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung besonders hoch ist. Jüngere Personen zwischen 18 und 29 Jahren machen lediglich 3% der Abgeordneten aus, obwohl sie 17% der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Menschen über 60 Jahre sind ebenfalls unterrepräsentiert, mit nur 13% im Nationalrat im Vergleich zu 33% in der Bevölkerung. Der …

Eine aktuelle Analyse des Momentum Instituts zeigt, dass der Nationalrat in Österreich stark von einer geringen Repräsentation bestimmter Gruppen geprägt ist. Besonders auffällig ist, dass ein Fünftel der Erwerbstätigen aufgrund fehlender österreichischer Staatsbürgerschaft von demokratischen Prozessen ausgeschlossen ist. Zudem sind Frauen und jüngere sowie ältere Menschen im Nationalrat unterrepräsentiert, während der Anteil von Führungskräften im Vergleich zur Erwerbsbevölkerung besonders hoch ist. Jüngere Personen zwischen 18 und 29 Jahren machen lediglich 3% der Abgeordneten aus, obwohl sie 17% der Gesamtbevölkerung repräsentieren. Menschen über 60 Jahre sind ebenfalls unterrepräsentiert, mit nur 13% im Nationalrat im Vergleich zu 33% in der Bevölkerung.

Der Frauenanteil im Nationalrat liegt aktuell bei 37%, obwohl Frauen 51% der Bevölkerung stellen. Im Regierungsteam sind 10 Frauen und 11 Männer vertreten. Über 20% der Bevölkerung sind im Ausland geboren, jedoch sind nur 10% dieser Gruppe wahlberechtigt, was etwa 2,5% der gesamten Bevölkerung entspricht. Von den Abgeordneten sind lediglich 5 im Ausland geboren, was 2,7% des Nationalrats entspricht.

Bildung und Berufserfahrung im Nationalrat

Ein weiterer Aspekt ist die hohe akademische Qualifikation der Abgeordneten: 56% haben ein Studium abgeschlossen, im Vergleich zu nur 21% der Bevölkerung. Die Anzahl der Doktorsabsolventen beträgt 9 im Nationalrat und 14 in der Regierung, während dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung bei nur 1% liegt. Auch Berufe sind ungleichmäßig vertreten: Landwirte sind mit 8% überrepräsentiert, während Personen aus technischen Berufen mit 4% deutlich unterrepräsentiert sind. Dienstleistungen und Büroberufe finden sich ebenfalls in geringerer Zahl im Nationalrat, während ein Viertel der Erwerbstätigen in Bereichen wie Handwerk oder Montage beschäftigt ist, die im Nationalrat so gut wie nicht vertreten sind.

Kurze Werbeeinblendung

Der Diskurs über die Repräsentation von Frauen in politischen Gremien ist auch international von Bedeutung. Laut der Historikerin Anaïs Angelo haben Frauen weltweit für eine gleichberechtigte Vertretung in politischen Machtzentren gekämpft. Der Frauenanteil im österreichischen Nationalrat liegt derzeit bei 40 Prozent. International zeigen Statistiken, dass Frauen in parlamentarischen Institutionen insgesamt unterrepräsentiert sind: In Amerika liegt der Frauenanteil bei 34,6%, in Europa bei 31,0%, und in Afrika südlich der Sahara bei 27,8%. Quotenpolitik, die seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen hat, stellt einen Ansatz dar, um die Repräsentation von Frauen zu fördern.

Die Bedeutung von politischer Teilhabe

Die Diskussion um die Repräsentanz von Frauen in der Politik hat lebendige Debatten in vielen Ländern ausgelöst. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten hat sich die Sichtweise auf die Rollen von Frauen in politischen Institutionen verändert. Dennoch bleibt die Frage offen, wie viele Frauen für eine angemessene Repräsentation notwendig sind. Sichtbarkeit allein bedeutet nicht zwingend mehr Macht oder Zugang zu Ressourcen, wie auch die Erfahrungen vieler Frauen weltweit zeigen. In Ruanda beispielsweise liegt der Frauenanteil im Parlament bei 61%, was durch Quotenregelungen und historische Umstände beeinflusst wurde.

In Deutschland stagnieren der Frauenanteil im Bundestag seit über 20 Jahren bei etwa einem Drittel. Paritätsgesetze in verschiedenen Bundesländern, wie Brandenburg und Thüringen, unterstreichen den Bedarf an einer gleichberechtigten politischen Repräsentation. Diese Entwicklungen zeigen, dass alle Gesellschaftsgruppen, einschließlich Frauen und ethnischer Minoritäten, angemessen vertreten sein sollten, um gerechtere politische Entscheidungen zu treffen.

Die umfassende Analyse und die anhaltende Debatte verdeutlichen, dass die Repräsentation im Nationalrat nicht nur eine Frage der Quoten ist, sondern eine zentraler Aspekt für die Gesundheit der Demokratie in Österreich und darüber hinaus. Die Bemühungen um Gleichstellung müssen fortgesetzt werden, um eine vielseitige und inklusive Politik zu fördern.

Für weitere Informationen: [vienna.at berichtet, dass](#) ,
[öaw.ac.at zeigt, warum](#) ,
[bundesstiftung-gleichstellung.de behandelt das Thema](#)
.

Ort des GeschehensDetails zur MeldungGenauer Ort
bekannt?Vienna, ÖsterreichBeste Referenz[vienna.at](#)Weitere
Quellen[öaw.ac.at](#)

Source: [die-nachrichten.at](#)

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](#)